

LAT01

Beschluss

Angenommen

Kommunalpolitische Leitlinien für die Kommunalwahlen 2020

Was ist sozialdemokratische Kommunalpolitik?

Die Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – leiten auch die Arbeit der SPD vor Ort. Wir stehen für lebenswerte Städte und Gemeinden.

Bei den Kommunalwahlen am 15. März 2020 treten wir mit dem Ziel an, unsere Gemeinden, Städte und Landkreise fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft. Jede und jeder soll sich in seiner Kommune wohl fühlen.

Dies ist die Richtschnur unserer politischen Entscheidungen und Konzepte.

Unsere Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie

Kommunalpolitik lebt vom Engagement, von der Mitwirkung und Beteiligung seiner Einwohnerinnen und Einwohner. Deshalb wollen wir die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen mitsprechen und mitentscheiden lassen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen im engen Schulterschluss mit den Menschen Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Wir wollen lebenswerte Städte, Gemeinden und Landkreise gemeinsam gestalten! Wir stehen für mehr Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und wollen echte Mitbestimmung und Mitverantwortung ermöglichen.

Unsere Kommunalpolitik gestaltet die soziale Stadt

Vor Ort entscheidet sich, ob alle Menschen die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben haben. Wir kümmern uns darum, dass unsere Kommunen unabhängig von Alter, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und sexueller Identität für jeden und jede lebenswert sind.

Unsere Kommunalpolitik ist nachhaltig und generationengerecht

Nachhaltige Kommunalpolitik orientiert sich am Gleichklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Dadurch schaffen wir die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität für die Menschen in unseren Kommunen und für unsere Kinder und Kindeskiner. Es gilt einen klaren „Roten Faden“ für eine lebenswerte und zukunftsorientierte Entwicklung in unserer Kommune anzulegen. Darin berücksichtigt sozialdemokratische Kommunalpolitik die Bedürfnisse der Menschen in den verschiedenen Lebensphasen wie auch die der Wirtschaft und einer gesunden Umwelt.

Unser Leitbild: Eine Stadt oder Gemeinde, in der es sich zu leben lohnt

Die Kommunalpolitik der SPD ist an den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Deshalb sind soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Chancengleichheit in der Bildung, Integration und Toleranz unverzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik vor Ort.

Kommunale Daseinsvorsorge und Orts- bzw. Stadtentwicklung

Der wirtschaftliche Strukturwandel, die finanziellen Zwänge und der demographische Wandel stellen die Daseinsvorsorge in unseren Gemeinden und Städten vor neue Herausforderungen. Von zentraler Bedeutung für die SPD ist die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern effizient und kostengünstig ein gleichwertiges, diskriminierungsfreies und flächendeckendes Angebot der notwendigen Dienstleistungen und Güter in höchster Qualität zu gewährleisten. Das ist unserer Überzeugung nach nur durch die öffentliche Hand möglich. Deshalb bekennt sich die SPD zur kommunalen Verantwortung auf allen Feldern der Daseinsvorsorge und lehnt Privatisierungen vehement ab!

Die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen entscheidet sich in der überlegten Planung unserer Orts-/Stadtentwicklung – wir wollen bezahlbares Wohnen für alle ermöglichen, eine Nahversorgung mit den Gütern des täglichen Lebens gewährleisten, unsere natürlichen Lebensgrundlagen sichern, unsere kommunalen Einrichtungen erhalten und die kulturelle Vielfalt und Entfaltung unterstützen.

Wohnen

Vor allem in den städtischen Gebieten Bayerns gibt es für viele Menschen nicht den notwendigen Wohnraum, der zugleich bezahlbar ist. Ein breit gefächertes Wohnungsangebot in allen Preissegmenten und für alle Bedürfnisse in einem lebenswerten Wohnumfeld in sozial stabilen Vierteln und Orts- bzw. Stadtteilen ist ein entscheidender Faktor für ein gutes Leben und die weitere Entwicklung unserer Kommunen. Dafür werden wir mit Augenmaß neues Bauland ausweisen, aber vor allem die Möglichkeiten des Nachverdichtens untersuchen und nutzen, sowie Sanierungen im Bestand besser fördern.

Wir wollen eine sozial gerechte Bodennutzung und ein kommunales Vorkaufsrecht, um eine Grundversorgung mit Wohnraum sicherzustellen. Zweckentfremdung durch Leerstand oder Vermietung als Ferienobjekt müssen unterbunden werden. Gleichzeitig sollen die Einkommensgrenzen erhöht werden, um den Zugang zu Sozialwohnungen für eine größere Zahl an Menschen zu ermöglichen. Das genossenschaftliche und kommunale Bauen soll stärker gefördert werden.

Wir wollen geeignete und bezahlbare Wohnformen für alle schaffen: für Familien, für Menschen im Ruhestand, Studierende und Auszubildende oder Alleinstehende. Denn in unseren Kommunen sollen sich alle zuhause fühlen: von den Kleinsten bis hin zu den Seniorinnen und Senioren. Wir legen Wert auf eine gute Mischung der verschiedenen Bevölkerungsschichten in den Wohngebieten, keine Trennung entlang des Geldbeutels.

- Wir wollen mit unseren Kommunen auf dem Wohnungsmarkt aktiv werden, z.B. mit einer Wohnungsbaugesellschaft/Aufkauf von Bestandsimmobilien
- Wir fördern eine wohnortnahe gute Infrastruktur
- Wir werden das genossenschaftliche Wohnen und kommunale, soziale und ökologische Wohnprojekte fördern, um preiswerten Wohnraum zu schaffen. Wir werden das Segment des Wohnungsmarktes ausweiten, das nicht der freien Marktlogik unterworfen sondern am Gemeinwohlorientiert ist.
- Durch Mehrgenerationen-Wohnen statt Heimunterbringung wollen wir Selbständigkeit bis ins hohe Alter ermöglichen
- Wir wollen preiswerten Wohnraum für Azubis, Studierende und junge Menschen schaffen,

um ein eigenständiges Leben zu ermöglichen • Wir setzen auf Nachverdichtung und Sanierung vor Flächenneuinanspruchnahme • Bereits jetzt sind viele rechtliche Mittel zur Verbesserung der Wohnraumsituation vorhanden. Damit alle Kommunen diese auch wirksam einsetzen können, fordern wir eine verstärkte gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander bei deren Erlass und Ausübung.

Energie

Die Energiewende ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. Sie muss vor Ort gestaltet werden, um die Energie aus fossilen Ressourcen abzulösen und unsere Abhängigkeit von teuren Energieimporten zu verringern. Zugleich muss Energie weiterhin für alle Menschen bezahlbar bleiben. Unser Konzept basiert auf den drei Säulen der Energieeinsparung, der effizienten Nutzung und dem Ausbau der Nutzung regenerativer Energiequellen.

- Wir wollen den weiteren Umstieg auf erneuerbare Energieerzeugung. Deshalb werden wir den Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen fördern • Die energetische Sanierung von Wohnraum wollen wir fördern, um die Energieeffizienz in unserer Kommune zu verbessern und Energie zu sparen • Wir unterstützen den Aufbau von bürgerschaftlich geführten Energieanlagen vor Ort • Wir wollen unseren kommunalen Handlungsspielraum ausbauen und prüfen die Gründung von eigenständigen Gemeinde-/Stadtwerken • Alle Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzkonzept und Energienutzungsplan zusammengeführt und mit der Bürgerschaft abgestimmt werden • Wir fördern die Anschaffung von Pedelecs, Lastenpedelecs und Lastenfahrrädern zur gewerblichen oder gemeinnützigen Nutzung • Der gemeindliche/städtische Fuhrpark wird nach und nach auf alternative Antriebstechnologie umgestellt: Elektro- oder Wasserstofffahrzeuge

Verkehr

Kommunalpolitik muss darauf ausgerichtet sein, das Leben in unseren Städten und Gemeinden wieder angenehmer zu machen – durch Verkehrsvermeidung, durch einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr und ein gut ausgebautes und sicheres Fahrradwegenetz. In den ländlichen Regionen ist der ÖPNV noch unzureichend ausgebaut. Hier müssen vernünftige Konzepte entwickelt und nachhaltig gefördert werden, die den ÖPNV und den Individualverkehr sinnvoll verknüpfen.

Kommunale sozialdemokratische Verkehrspolitik dient dem Ziel, allen Bürgerinnen und Bürgern Mobilität zu ermöglichen. Mobilität steht für die SPD im Vordergrund, denn sie ist ein existenzielles Erfordernis für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Dabei ist auf eine ressourcenschonende Mobilität zu achten, die unsere Gesundheit und unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört. Unser Leitbild ist die „Stadt der kurzen Wege“, die sozialen, ökologischen und ökonomischen Anforderungen gleichermaßen gerecht wird.

- Wir stehen für den Ausbau von sicheren Fahrrad- und Fußwegen, sowie die Unterstützung eines nutzerfreundlichen, bezahlbaren, öffentlichen Personennahverkehrs und eines intelligenten Verkehrsmanagements. Außerdem setzen wir uns für ein 365,- Euro Jahresticket im öffentlichen Nahverkehr ein.

Langfristig bleibt unser Ziel der kostenlose öffentliche Personennahverkehr. • Im Sinne einer klimarechten Politik wollen wir umweltverträgliche Verkehrsmittel ausbauen und den ÖPNV langfristig darauf verlagern: klimafreundliche Mobilität soll in Ballungsräumen den individuellen Automobilverkehr reduzieren und kollektive Mobilität fördern. • Wir stehen für den Ausbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, damit Elektromobilität im Alltag flächendeckend praktikabel wird. • Neue Mobilitätsformen, wie Ergänzungsangebote in Form von öffentlichen Fahrrädern, Car-Sharing und die Möglichkeit von Elektromobilität bieten eine attraktive Ergänzung zu bestehenden Angeboten des öffentlichen Verkehrs, die wir fördern wollen. Außerdem setzen wir uns auch in ländlichen Räumen für mehr Digitalisierung und Vernetzung ein. Möglichkeiten sind z.B. intelligente Bussysteme wie im Falle von FreYfahrt Freyung (Shuttle Busse). • In Wohngebieten, innerstädtischen Bereichen und Ortskernen wollen wir flächendeckend Tempo 30 einführen. Das erhöht die Sicherheit und mindert den Lärm für die Anwohner

Wasser

Die Veränderungen des Klimas führen auch in Bayern mehr und mehr Gegenden zu Wassermangel. Flora und Fauna verändern sich, somit auch die Lebensräume der Menschen. Dies hat Auswirkungen auf ihren Arbeits- wie auch ihren Lebensbereich. Die Kommunen tragen die Verantwortung, das Grundrecht auf Wasser für die Bürgerinnen und Bürger zu wahren.

Wir stehen dafür ein

- Das Recht auf Wasser ist ein Grundrecht • Wasser ist keine Handelsware und öffentliches Gut für alle (gegen Privatisierung) • Richtlinien zu Trinkwasser, Grundwasser sowie Behandlung von kommunalem Abwasser müssen umgesetzt und die Nichteinhaltung sanktioniert werden. • Wasserdienstleistung gehört in kommunale Hand • Die Rechenschaftspflicht der Wasserversorger soll ausgeweitet werden • Landwirtschaft benötigt den uneingeschränkten Zugang zum Wasser

Umwelt und Klima

Die wichtigsten kommunalpolitisch beeinflussbaren Verursacher der Natur- und Umweltgefährdung sind Energieverbrauch, Verkehr und der Wasser- und Flächenverbrauch. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist heute wichtiger denn je. Deshalb sind Umweltschutz und der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstverständlicher politischer Anspruch. Daher müssen die Spielräume kommunaler Umweltpolitik ausgeschöpft werden. Die Rekommunalisierung der Umweltpolitik ist ein Gebot der Stunde und hat zusammen mit Sozialpolitik für uns höchste Priorität in der Kommunalpolitik.

Unsere Leitlinie zur Abfallpolitik „Vermeidung vor Verwertung“ nimmt vor allem den Erzeuger in die Verantwortung - diese muss endlich wirksam durchgesetzt werden. Wir werden dem rein wirtschaftsorientierten Flächenverbrauch und der weitflächigen Versiegelung von Landschaft entgegensteuern.

- Der Flächenverbrauch muss reduziert werden; ungenutzte versiegelte Flächen werden wir verringern und damit neue Grünflächen schaffen
- Wir setzen uns überall dort für Renaturierung ein, wo sie möglich ist
- Wir stehen für die Schaffung und Bewahrung von Landschafts- und Naturschutz-, sowie FFH-Gebieten, um natürliche Lebensräume zu erhalten und bedrohte Arten zu schützen
- Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger bei der Gebäudesanierung unterstützen. Wir werden ein Förderprogramm für

Fenstersanierung, Wärmedämmung und andere Maßnahmen auflegen

- Wir fördern Patenschaften für Straßenbäume, indem wir sie öffentlich ausschreiben und so die Begrünung unserer Gemeinden effektiv vorantreiben
- Wir wollen ein Förderprogramm „Stadtgrün“ das Dach- und Fassadenbegrünung fördert
- Wir fordern die Erstellung eines kommunalen CO2 -Reduktionsprogramm
- Mit uns werden kommunale Grünflächen insektenfreundlich ausgestaltet • Wir sprechen uns für den Verzicht von Einweggeschirr bei Veranstaltungen der Kommunen aus
- Wir schaffen Anreize zur Eigenkompostierung und eine flächendeckende Erfassung und Kompostierung der organischen Abfälle

Die Kommune als Arbeitgeber

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Kommunen die Mitarbeiter*innen durch einen Tarifvertrag gebunden sind und bezahlt werden. Arbeitsüberlastungen sollen mit einer ausreichenden Personaldichte gelöst werden. Wir kämpfen auch für die Tarifgebundenheit aller kommunalen Tochter-Unternehmen und setzen uns in der Kommune für weitere Tarifverträge ein. Wir unterstützen die Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Mitbestimmung der Mitarbeiter*innen aktiv durch einen engen Dialog mit den Gewerkschaften vor Ort. Wir unterstützen die kommunalen Mitarbeiter*innen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wirken darauf hin, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter gewährleistet ist. Wir setzen uns für den Ausbau, die Neu- und Wiedergründung kommunaler Unternehmen ein, um vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen und insbesondere die wesentlichen kommunalen Aufgaben auch durch die kommunale Hand zu erfüllen.

- Bei der Auftragsvergabe muss die Einhaltung von Tarifstandards als Zuschlagskriterium gelten und somit Einfluss auf die Auftragsvergabe haben.
- Eine Kontrolle der Firmen auf Verletzung des MiLoG auch bei Summen unter dem Schwellenwert zwingend zu prüfen.
- Jeder SPD-Kommunalpolitiker und jede SPD-Kommunalpolitikerin fördert offensiv eine Betriebskultur und befürwortet Unternehmen welche Betriebsräte und Gewerkschaften akzeptieren. Aufträge aus kommunaler Hand haben eine große wirtschaftliche Bedeutung. Um als Kommune der sozialen Vorbildfunktion auch Rechnung zu tragen ist ein wichtiges Kriterium bei der Auftragsvergabe für uns als SPD die Einhaltung von tariflichen Standards. Firmen welche Tariffucht betreiben und durch schlechte Arbeitsbedingungen Preisdumping betreiben dürfen nicht durch kommunale Aufträge unterstützt werden. Auch aus Sicht eines fairen Wettbewerbs dürfen Firmen mit Tarifverträgen nicht benachteiligt werden, da diese meist einen höheren Angebotspreis abgeben müssen um ihre Standards zu halten.

Sozial- und Bildungspolitik

Wir wollen soziale Kommunen, in denen sich die Menschen wohl fühlen, mit denen sie sich gerne identifizieren und in denen die Menschen sich umeinander kümmern und füreinander einstehen. Die SPD steht für eine Sozialpolitik, die sich nicht als Reparaturbetrieb versteht, sondern vorausschauend die sozialen Grundlagen unserer Städte und Gemeinden gestaltet.

Familienpolitik

Das Umsteuern der Familienpolitik, um Familie und Beruf für die Erziehungsberechtigten zu vereinbaren, ist eine der zentralen politischen Aufgaben, der sich die SPD verpflichtet fühlt. Wir setzen uns ein für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuungs- und Bildungslandschaft, die aufeinander abgestimmt alle Angebote von Kleinkindgruppe bis zur weiterführenden Schule umfasst und auch die Eltern nicht vergisst. Nur so schaffen wir eine echte Freiheit, sich für Kinder zu entscheiden.

- Wir fordern die flächendeckende Umsetzung des Anspruchs auf eine Kinderbetreuung auch unter drei Jahren
- Wir werden ausreichend Ganztagsangebote von der U3-Betreuung bis zu den weiterführenden Schulen sicherstellen
- Die Öffnungszeiten sind für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszuweiten und auch in den Ferien besser abzustimmen. Auf die sozialen Belange der Mitarbeiter*innen wird dabei besonders geachtet. Um Arbeitsüberlastung zu vermeiden muss genügend Personal eingestellt werden.
- Wir fordern kostenfreie Kitas und Kindergärten.

Seniorenpolitik

Unsere Bevölkerung wird älter, der Anteil von Menschen über 65 Jahre steigt in unseren Kommunen kontinuierlich an. Als sozialdemokratische Kraft der Kommunen ist es uns ein besonderes Anliegen, ein gutes Angebot für die ältere Generation in ihrer ganzen Vielfalt zu gewährleisten.

- Wir werden die kommunalen Einrichtungen barrierefrei gestalten und Einschränkungen für die Teilhabe älterer Menschen abbauen. Darüber hinaus setzen wir uns für den barrierefreien Ausbau des gesamten öffentlichen Raumes ein.
- Die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse älterer Menschen in allen Bereichen, von gut lesbaren Publikationen bis hin zu Bewegungsangeboten ist uns ein wichtiges Anliegen
- Wir wollen die Pflege- und pflegeergänzenden Angebote ausbauen, die den individuellen Bedürfnissen entsprechen

Jugendpolitik

Junge Menschen brauchen eine persönliche Perspektive und Identifikationsangebote, damit sie ihre Gemeinde oder Stadt als ihre Heimat betrachten. Deshalb steht die SPD für eine Kommunalpolitik, die eine jugendfreundliche Gemeinde zum Ziel hat. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen Begleitung und Freiräume, um die freien und selbständigen Menschen heranwachsen zu können. Die nötigen Rahmenbedingungen hierfür werden wir schaffen.

- Wir fördern nichtkommerzielle, pädagogisch sinnvolle und attraktive Jugendfreizeitangebote, damit Kinder und Jugendliche Gemeinschaft erleben, Selbstvertrauen tanken und Engagement erlernen können
- Den Kindern und Jugendlichen bieten wir Möglichkeiten der Mitsprache an, wir legen dabei Wert auf eine konkrete, sichtbare Mitwirkung. Wir regen die Schaffung von Jugendparlamenten/Jugendbeiräten und Jungbürgerversammlungen an. Diese müssen echte Entscheidungsmöglichkeiten haben, also über ein eigenes Budget verfügen und bei kommunalen Entscheidungen, die Jugendliche betreffen, miteinbezogen werden.
- Jugendkultur braucht Räume: Wir setzen uns ein für Freiräume, die die jungen Menschen in eigener Verantwortung gestalten können

Menschen in eigener Verantwortung gestalten können

- Die mobile (aufsuchende) Jugendarbeit ist Teil der offenen Jugendarbeit und dort einzusetzen, wo entsprechende Angebote noch fehlen oder diese offensichtlich nicht wahrgenommen werden.

Jugendmitwirkung vor Ort

Die Forderung, Kinder und Jugendlichen besonders in der Kommunalpolitik zu hören und bei der Entscheidungsfindung mit einzubeziehen ist ein Ausdruck eines veränderten Blicks auf Kindheit und Jugend. Partizipation an Entscheidungsprozessen darf sich nicht nur auf die Gruppe der Volljährigen/Wahlberechtigten erstrecken. Eigene Rechte spiegeln sich z. B. im Kinder- und Jugendhilfegesetz oder in der UN-Kinderrechtskonvention wieder. Das Recht auf Teilhabe bedeutet auch das Recht auf den Erwerb nötiger Fähigkeiten.

- Kinder- und Jugendversammlungen vor Ort (gleich den Bürgerversammlungen)
- Mitsprache, Mitwirkung, Mitbestimmung als unterschiedliche Stufen der Partizipation ausbauen

Frauenpolitik

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist bis heute ein zentrales Thema sozialdemokratischer Kommunalpolitik. In unseren Kommunen darf niemand weniger Geld verdienen oder von Jobs oder Bildungsangeboten ausgeschlossen werden aufgrund seines Geschlechts. Wir fördern die Gleichstellung von Mann und Frau.

Gewalt gegen Frauen ist ein unterschätztes und unsichtbares Problem in Deutschland. Um es zu bekämpfen sind Prävention durch Aufklärung und Sichtbarkeit durch Beratung und Information notwendig.

- Wir unterstützen die Einrichtung von Beratungsstellen und Frauenhäusern für Frauen, die Opfer von Gewalt wurden. Aufbau und Erhalt von Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen ist Ziel unserer Kommunalpolitik
- Wir stehen für eine präventive Aufklärungspolitik, wenn es um das Thema Gewalt gegen Frauen geht. Wir kümmern uns um die Einrichtung von Informations- und Aufklärungsstellen, die Bildungsangebote zu diesem Thema anbieten: beispielsweise einen Frauennotruf vor Ort, der die Betroffenen berät
- Frauen, die Opfer von körperlicher, psychischer und/oder sexueller Gewalt geworden sind, schweigen oft darüber. Deshalb werden wir uns um die Einrichtung von Betreuungs- und Beratungsstellen in den Krankenhäusern bemühen, um betroffenen Kindern und Frauen die Unterstützung zukommen lassen zu können, die sie brauchen und möchten
- Ein klares Bekenntnis der kommunalen Verwaltung: Nein zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz mit der Wahl einer ME-TOO-Obfrau in den Kommunen

Inklusion

Wir verstehen Inklusion als ein Konzept, das Teilhabe von vornherein ermöglicht. Es ist ein zentrales Element zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit. Durch Inklusion werden Ausgrenzungen beseitigt und Entwicklungschancen eröffnet. Menschen mit Behinderung müssen diskriminierungsfrei am gesellschaftlichen, sozialen und politischen Leben teilnehmen. Sie sollen nicht mehr mit gesonderten Maßnahmen aufgefangen werden, wenn dies nicht ihren Bedürfnissen entspricht. Wir stehen für die Abschaffung von Sonderwelten.

- Wir schaffen eine inklusive – barrierefreie, familien- und seniorenfreundliche – Infrastruktur: Alle öffentlichen Einrichtungen werden wir barrierefrei gestalten
- Die Teilnahme an Sport-, Freizeit und Kulturangeboten muss für Menschen mit Behinderung ohne Einschränkung möglich sein
- Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Stadt/Gemeinde stärken und Schwellen sowohl in den Köpfen als auch im täglichen Leben abbauen
- Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch auf qualitativ hochwertige Ausbildung. Die örtlichen und überregionalen Förderschulen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Wir streben an, dass mittelfristig die Integration von Kindern mit Behinderung an Regelschulen, soweit dies möglich ist, erreicht wird. Grundvoraussetzung hierfür ist ein barrierefreier Zugang und der behindertengerechte Ausbau der Schulgebäude.

Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Seit Jahrzehnten sind Menschen zu uns gekommen, die dauerhaft hier leben. Viele sind hervorragend integriert. Dennoch erfahren sie in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt oft Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft. Unser Ziel ist daher die uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen an ihren Gemeinden und Städten – egal, woher sie kommen, woran sie glauben und wen sie lieben. Unsere Kommunen sind vielfältig, in ihnen begegnen sich die Menschen mit Respekt. Integration gelingt oder scheitert direkt auf unseren Straßen, weil sich dort Menschen begegnen. Und das heißt auch, dass Integration eine Aufgabe von uns allen ist.

- Erfolgreiche Integration heißt für uns, den sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung passgenauer Bildungsangebote und einer zielgruppenorientierten Sprachförderung ein
- Wir werden ein umfangreiches Integrationskonzept erarbeiten, das nicht nur eine ausführliche Bestandsanalyse bietet, sondern auch konkrete Handlungsempfehlungen für eine passgenaue, konsequente kommunale Integrationspolitik
- Wir setzen uns für die Gründung eines Integrationsbeirates ein.
- Wir möchten die interkulturelle Öffnung unserer kommunalen Verwaltung und werden durch entsprechende Maßnahmen den Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen
- Wir unterstützen verstärkt zivilgesellschaftliches Engagement, dass sich mit der Aufgabe der Integration befasst

Bildung

Bildung und Betreuung sowie die Unterstützung für Kinder, Jugendliche und ihre Familien sind von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen. Qualifizierte Betreuung und Bildungsgerechtigkeit tragen zur Vermeidung von Zukunftsrisiken bei. Weiterbildungsangebote von Trägern der Erwachsenenbildung machen uns fit für eine sich rasant verändernde Arbeitswelt. Deshalb stehen wir für ein kommunales Leitbild für Bildung und soziale Förderung von Kindern und jungen Menschen, bei dem Eltern bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder möglichst früh unterstützt werden. Die Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen vor Ort stetig zu verbessern, ist praktizierte Kommunalpolitik

- Wir setzen uns für den schnellen und bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren ein
- Wir flexibilisieren die Betreuungszeiten. Davon profitieren Allein- erziehende und Eltern mit unüblichen Arbeitszeiten. Auch sie sollen das Betreuungsangebot unserer

Kommunen in Anspruch nehmen können

- Wir wollen, dass für den Besuch von Kindertageseinrichtungen künftig keine Elternbeiträge mehr erhoben werden, weil Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen sind

- Wir wollen das Ganztagsangebot für Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht ausbauen.

Dazu gehört in erster Linie, dass die Schule wohnortnah ist und bleibt: Kurze Wege für kurze Beine! Die Ganztagschule muss in Zukunft mehr dem Lern- und Lebensrhythmus von Schülerinnen und Schülern gerecht werden

- Bei Sanierungen von Schulgebäuden soll neben einer energetischen Sanierung ein

pädagogisches Raumkonzept erarbeitet und von der Schulfamilie umgesetzt werden

- Durch Förderprogramme wollen wir den Übergang von Schule zur Berufsqualifikation für junge Menschen erleichtern und verbessern. Dazu sollen Stellen zur Berufsberatung bei den Kommunen geschaffen werden

- Wir wollen lebenslanges, berufsbegleitendes Lernen stärken. Hier kommt den Volkshochschulen und anderen Trägern der Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle zu, deren Arbeit wir weiterhin unterstützen wollen.

Bekämpfung von Armut

Für die von Armut bedrohten Menschen und die bereits in Armut lebenden Menschen setzen wir uns besonders ein.

- Wir fördern und unterstützen Projekte für die gesellschaftliche Integration von armen Menschen durch soziale Angebote wie vergünstigte Tickets für Kulturveranstaltungen, etc.

- Wir unterstützen die Tafeln und sozialen Verbände vor Ort

- Sonderprogramme vor Ort zur Eingliederung der Menschen durch soziale Arbeitsprojekte

Suchtbekämpfung und -Prävention

Sucht (Alkohol, Drogen, etc.) kann überall auftreten, die Betroffenen fallen oft durch das Raster und finden kaum Hilfe.

Wir setzen uns ein für:

- Räume, in denen unter sauberen Bedingungen konsumiert werden kann. Hier soll es besondere Hilfestellungen geben

- Mehr Sozialarbeiter*innen und Streetworker sollen sich um die Betroffenen kümmern. Dies gilt besonders auch für junge betroffene Menschen.

- Eine Stelle für Suchtberatung kann Aufklärungsarbeit leisten und Betroffenen aufzeigen, wo es Hilfsmöglichkeiten gibt.

Beteiligung und Bürger*innenfreundliche Verwaltung

Die Kommunalpolitik und die Verwaltung unserer Kommunen dienen dem Wohl der Menschen vor Ort – ihre Interessen müssen im Mittelpunkt der politischen Entscheidungen und des Verwaltungshandelns stehen. Gute Verwaltung und gutes Management reichen heute aber nicht mehr aus: Die Bürgerschaft muss heute bei zukunftsweisenden Weichenstellungen intensiv informiert und bei der Entscheidungsfindung eingebunden werden.

Die SPD will in Zeiten zunehmender Vernetzung und Digitalisierung den Weg der Modernisierung gehen. Die Digitalisierung der Kommune nehmen wir in erster Linie als Chance wahr, die wir für die Bürgerinnen und Bürger nutzen müssen und mit kritischem Auge begleiten werden. Die Arbeitnehmer*innen in den Verwaltungen werden wir dabei auf diesem Weg begleiten (z.B.: Weiterbildung, Gesundheitsschutz, etc.).

Verwaltung für die Bürger*innenschaft

Wir stehen zum Leitbild einer bürgerfreundlichen Verwaltung: eine hohe Servicequalität und zentrale Anlaufstelle mit kurzen Wegen müssen erreicht werden. Das gilt für alle Bereiche vom Meldewesen bis hin zu Bauvorhaben. Dafür benötigen wir motivierte und gut ausgebildete Verwaltungsmitarbeiter*innen. Für die Mitarbeiter*innen ist es uns dabei wichtig, „gute Arbeit“ im Sinne der Gewerkschaften (Mitbestimmung, Tarifvertrag, unbefristet, etc.) zur obersten Priorität zu machen. Um Arbeitsüberlastung zu vermeiden muss genügend Personal eingestellt werden

- Wir fordern gut erreichbare Bürgerbüros für die wichtigsten Verwaltungsangebote
- Eine kompetente Begleitung bei Baumaßnahmen ist in unserer Kommunen unerlässlich
- Wir wollen die Einrichtung eines Beschwerdemanagements

Bürgerbeteiligung

Erfolgreiche Kommunalpolitik lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sich einbringen und an der Politik teilhaben können. Die SPD will deshalb die Beteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner an politischen Entscheidungen stärken. Dazu müssen bessere Möglichkeiten zur Information, Teilnahme und Teilhabe geschaffen und politische Entscheidungen transparenter getroffen werden. Wir wollen dazu Angebote weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus sicherstellen.

- Wir werden Bürgersprechstunden der Räte in den verschiedenen Ortsteilen/Stadtteilen anregen
- Wir setzen uns für die Einführung einer Informationsfreiheitsatzung ein
- Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir verbindliche Leitlinien der Bürgerbeteiligung als Selbstverpflichtung der Stadt/Gemeinde erarbeiten • Wir fordern den Live-Stream aus den Gemeinde- bzw. Stadtratssitzungen
- Wir wollen digitaler werden: Der Gang zum Rathaus soll durch die Möglichkeit eines online-Rathauses ergänzt werden.
- Die Einrichtung von WLAN-Hotspots an öffentlichen Plätzen trägt zur Lebensqualität unserer Gemeinde/Stadt bei

Kultur

Die Kultur prägt die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden. Sie fördert Integration und Toleranz und bieten den Raum für Diskussion und Perspektivenaustausch. Deshalb ist Kultur für uns Bildung. Es gilt die nachbarschaftliche Verantwortung, den Gemeinsinn und die Ehrenamtlichkeit stärker zu fördern. Die Kommunen können dabei helfen, die notwendigen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Vereine und Initiativen schaffen Identität und dienen der individuellen wie gesellschaftlichen Bildung – unabhängig ob professionell oder durch freiwilliges Engagement geführt. Deshalb sollen sie jedem und jeder in unseren Kommunen zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt ist ein lebendiges Kulturleben auch ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor.

Unser Ziel ist es, den Anspruch „Kultur für alle“ einzulösen. Dies gilt sowohl für die Möglichkeit der Förderung und Ausübung individueller künstlerischer Ausdrucksformen als auch für die Teilnahme am kulturellen Leben.

- Kindern und Jugendlichen soll der Zugang zu Kultur erleichtert werden, z.B. durch stark vergünstigte oder kostenlose Angebote
- Kommunale Kulturträger werden wir in ihrer Arbeit unterstützen. Es muss Schluss sein mit dem Sterben kleiner Kulturstätten, wie Kleinbühnen oder Programmkinos
- Wir kümmern uns um eine quantitativ und qualitativ bedarfsgerechte Pflege und Ausstattung unserer Bibliotheken, Musikschulen, der Volkshochschule und des Stadtarchivs

Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt

Die SPD steht zu einer kommunalen Wirtschaftsförderung, die neue Arbeitsplätze schafft und bestehende erhält. Gesunde Unternehmen sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Sie müssen aber immer den Menschen dienen: Eine reine Profitorientierung lehnen wir ab. Deswegen stehen wir zur Gewerbesteuer als eine der wichtigsten kommunalen Finanzierungsquellen, die unsere Kommunen an einer guten Unternehmensentwicklung teilhaben lässt.

- Unser Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die örtliche Wirtschaft stetig zu verbessern. Dies ermöglichen wir durch Investitionen in die Infrastruktur wie Verkehrsverbindungen und Breitbandausbau
- Wir wollen eine Wirtschaftsförderungspolitik, die die Bestandspflege der Unternehmen vor Ort in den Mittelpunkt stellt
- Wir fordern eine Zusammenarbeit der Kommunen mit Arbeitsagentur, Job-Center, Gewerkschaften, Kammern und Wirtschaftsverbänden, um gerade die Langzeitarbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen
- Ein regelmäßiger Austausch mit den Unternehmen und den Gewerkschaften bietet die Gewähr, bei Problemen schnell und kompetent Hilfe leisten zu können

Kommunale Haushaltspolitik

Eine solide Haushaltsführung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche kommunale Selbstverwaltung. Unser Bestreben ist nicht Sparen um des Sparens willen. Wir wollen die kommunalen Leistungen und Angebote für unsere Bürgerinnen und Bürger kostengünstig und effizient bereitstellen. Der Blick auf die Folgekosten bewahrt kommende Generationen vor zu hohen Lasten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, kommunale Investitionen mit Schulden dann zu finanzieren, wenn sie langfristig Nutzen für unsere Kommunen haben.

- Wir wollen mehr Transparenz des kommunalen Haushaltes
- Bei der Vergabe von Aufträgen sollte nicht der billigste, sondern der wirtschaftlichste Anbieter zum Zuge kommen. Hierbei muss zudem die Tarifbindung von Unternehmen berücksichtigt werden.
- Zukünftig soll eine Nachhaltigkeitsberechnung mit den erwarteten jährlichen Folgekosten für alle größeren Investitionen und Projekte vorgenommen werden.
- Wir legen Wert auf lebenswerte und belebte Innenstädte und vermeiden die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete mit hohem Flächenverbrauch

Kommunale Europapolitik

Die Kommunen sind auch die Basis des geeinten Europas; sie unterhalten zahlreiche lebendige Städtepartnerschaften. Nur auf kommunaler Ebene lässt sich Europa erlebbar machen, hier wächst Europa zusammen und die europäische Idee wird gelebt. Nachdem der europäische Gedanke zunehmend durch rückwärtsgewandten Nationalismus in Bedrängnis gerät, muss hier in die Zukunft investiert werden.

Wir setzen uns daher für eine Intensivierung kommunaler Schüler- und Jugendaustauschprogramme ein, damit gerade junge Menschen internationale Erfahrungen machen können. Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik muss sein, dass möglichst viele Bürger*innen an solchen Austauschprogrammen teilnehmen können - insbesondere auch diejenigen, die wenig finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

- Wir bekennen uns klar zu den europäischen Werten und fördern europäische und internationale Projekte in unseren Gemeinden
- Wir intensivieren Schüler- und Jugendaustauschprogramme im Rahmen unserer Städtepartnerschaften
- Wir sorgen durch eigene Förderrichtlinien dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, an Austauschprogrammen teilzunehmen

Kommunalpolitik und Europapolitik sind eng miteinander verflochten. Mehr als 60 % der kommunalen Entscheidungen werden durch die Rechtssetzung der Europäischen Union unmittelbar beeinflusst. An erster Stelle der kommunalen Verantwortung steht die Verpflichtung zur Transparenz.

- Jährlicher, schriftlicher Europabericht über direkte und kofinanzierte Fördergelder aus Europa
- Mündlicher TOP Europa bei jeder Bürgerversammlung
- Deutliche Kennzeichnung von Förderprojekten mit dem Symbol der Europäischen Union